

Hansestadt Rostock

Bürgerschaft

N i e d e r s c h r i f t

Sitzung des Ausschusses für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung

Sitzungstermin: Donnerstag, 04.05.2017
Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr
Sitzungsende: 19:10 Uhr
Ort, Raum: Beratungsraum 1b, Rathausanbau, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Sitzungsteilnehmer:

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Andreas Engelmann DIE LINKE.

reguläre Mitglieder

Christian Reinke	SPD	
Frank Giesen	CDU	Vertretung für: Frau Janel, Ulrike
Horst Döring	DIE LINKE.	Vertretung für: Frau Fiedelmeier, Ellen
Kay Nadolny	DIE LINKE.	
Karina Jens	CDU	
Dr. Ingrid Bacher	SPD	
Andrea Krönert	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Reinhart Kühner	Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09	
Rainer Bauer	UFR	

Verwaltung

Ullrich Böttner	Amt für Umweltschutz
Johann Edelmann	Brandschutz- und Rettungsamt
Stephanie Elfeld	Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft
Ralf Mulsow	Amt für Kultur und Denkmalpflege
Ronny Mönck	Brandschutz- und Rettungsamt
Ralph Müller	Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft
Dr. Steffen Zander	Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

beteiligte Ortsbeiräte

Kurt Massenthe	UFR
Anette Niemeyer	Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09
Werner Simowitsch	DIE LINKE.

Abwesende Mitglieder

reguläre Mitglieder

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.04.2017
- 4 Anträge
 - 4.1 Werner Simowitsch (für den Ortsbeirat Stadtmitte)
"Bebauung des Baufeldes Rosengarten"
Vorlage: 2017/DA/2730
- 5 Beschlussvorlagen
 - 5.1 Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplans Nr. 10.MI.176 "Kehrwieder"
Vorlage: 2017/BV/2581
 - 5.2 Bebauungsplan Nr. 15.W.135 "Wohngebiet Rostocker Straße/ Melkweg" in Gehlsdorf
Vorlage: 2017/BV/2582
 - 5.2.1 Kurt Massenthe (Vorsitzender des Ortsbeirates Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Jürgeshof)

Bebauungsplan Nr. 15.W.135 "Wohngebiet Rostocker Straße/ Melkweg" in Gehlsdorf
Vorlage: 2017/BV/2582-01 (ÄA)
 - 5.3 Bewilligung zur Leistung von außerplanmäßigen Auszahlungen im Teilhaushalt 37 Brandschutz- und Rettungsamt in Höhe von 600.000 Euro zur Finanzierung des Erwerbs eines Feuerlöschbootes und Austauschmaschinen; Investitionsmaßnahme 37 1260 1201 700 199
Vorlage: 2017/BV/2612
 - 5.3.1 Bewilligung zur Leistung von außerplanmäßigen Auszahlungen im Teilhaushalt 37 Brandschutz- und Rettungsamt in Höhe von 600.000 Euro zur Finanzierung des Erwerbs eines Feuerlöschbootes und Austauschmaschinen
Investitionsmaßnahme 37 1260 1201 700 199
Vorlage: 2017/BV/2612-01 (NB)
 - 5.4 Sechste Satzung zur Änderung der Straßenreinigungssatzung der Hansestadt Rostock
Vorlage: 2017/BV/2655
- 6 Informationsvorlagen

- 6.1 Bericht zum Beschluss Nr. 2016/AN/2290
Ausgrabungen Primelberg
Vorlage: 2017/IV/2670
- 7 Verschiedenes
- 7.1 "Vergrämung" gegen Stadtauben auf dem S-Bahnhof in Lütten Klein und wachsende Taubenpopulation in Rostock
- 7.2 Bericht über die Zusammenarbeit Rostock - Bizerte
- 7.3 Informationen
- 8 Schließen der Sitzung

Protokoll:

(öffentlich)

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit

Herr Engelmann eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Ladung fest. Die Einladung ist rechtzeitig zugegangen und durch Aushang bekannt gemacht worden.

TOP 2 Änderung der Tagesordnung

Die Tagesordnung in der Fassung der Nachtragstagesordnung wird ergänzt. Der Dringlichkeitsantrag 2017/DA/2730 Werner Simowitsch (für den Ortsbeirat Stadtmitte) "Bebauung des Baufeldes Rosengarten" wird zusätzlich aufgenommen. Damit wird die Tagesordnung bestätigt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 20.04.2017

Die Niederschrift der letzten Sitzung wird in der vorgelegten Fassung genehmigt.

TOP 4 Anträge

**TOP 4.1 Werner Simowitsch (für den Ortsbeirat Stadtmitte)
"Bebauung des Baufeldes Rosengarten"
Vorlage: 2017/DA/2730**

Herr Simowitsch bringt den Antrag ein. Ziel ist es, den Verkauf der Flächen zu stoppen. Es muss erst abgewartet werden, welcher Flächenbedarf für das Archäologische Landesmuseum besteht, bevor die Flächen verkauft werden. Die bisherige Bewertung der Flächen führt zu der Empfehlung, öffentliche Nutzungen zu realisieren. Die Beteiligung der Bürgerschaft und ihrer Gremien sowie der Bevölkerung ist bisher unzureichend.

Frau Jens gibt das Ergebnis der Sitzung des Kulturausschusses bekannt. Dieser hat sich

einstimmig dafür ausgesprochen. Die zusätzlichen Flächen für das Archäologische Landesmuseum sind zu berücksichtigen. Eventuell ist ein Ergänzungsbau notwendig. Die beauftragten Architekten halten den Standort für ungewöhnlich.

Herr Giesen weist darauf hin, dass die Bürgerschaft einen Ergänzungsbau des Museums mit Verbindung abgelehnt hat. Es läuft derzeit kein Vergabeverfahren. Der Verkauf muss durch den Liegenschafts- und Vergabeausschuss bestätigt werden. Die Beteiligung der Bürgerschaft ist damit gesichert.

Herr Engelmann macht auf die Ergebnisse der Vorstellung der Planungen im Gestaltungsbeirat aufmerksam. Für die Planung als Standort mit Gewerbe und Wohnungsbau ist dieser Standort ungünstig.

Herr Müller wirft ein, dass die Kompromisslösung vorsieht, den Standort nach § 34 BauGB zu bebauen. Von den ursprünglichen 4 Baufeldern bleibt eines als Grünfläche. Ein weiteres Baufeld soll für das Museum reserviert bleiben und 2 Baufelder für Wohnungsbau genutzt werden.

Frau Dr. Bacher ist der Meinung, dass die Entscheidung zum Landesmuseum erst vor kurzem getroffen worden ist. Daraus ergibt sich ein Handlungserfordernis. Mit privaten Käufern hat die Stadt in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen gemacht. Hier handelt es sich um das letzte zusammenhängende Stück in der Innenstadt, wo eine öffentliche Nutzung den Vorzug bekommen sollte.

Frau Krönert meint, dass der Flächenbedarf für das Museum klar sein muss. Insgesamt schätzt sie die Öffentlichkeitsbeteiligung als unzureichend ein.

Herr Simowitsch unterstreicht dies. Nach der Mehrfachbeauftragung war das Fazit, hier eine öffentliche Bebauung zu realisieren. Im April 2016 ist man von diesem Pfad abgewichen. Seit dem gibt es keine Informationen mehr an die Bürgerschaft.

Herr Giesen stellt klar, dass der Rahmenplan verbindlichen Charakter hat. Er schätzt ein, dass in Rostock zu wenig Wohnungsbau erfolgt.

Herr Engelmann meint dazu, wenn im Rahmenplan etwas verbindlich festgelegt ist, müssen bei einer veränderten Planung der Ortsbeirat, die Ausschüsse sowie der Gestaltungsbeirat erneut beteiligt werden. Dies muss vor der Entscheidung durch den Vergabe- und Liegenschaftsausschuss bzw. den Hauptausschuss erfolgen.

Frau Jens fragt nach, welcher Bereich geschützt ist.

Herr Müller antwortet, dass der Bereich des Rosengartens bleibt und ein Baufeld als Grünfläche gestaltet wird. Die Doppelreihe an Bäumen bleibt und auf der anderen Seite soll diese wiederhergestellt werden.

Aus der Diskussion ergibt sich, dass der Satz "Der dann verbleibende Teil des Baufeldes ist für wichtige, stadtbildprägende öffentliche Nutzungen vorzuhalten." gestrichen werden sollte. Der Ausschuss wird den Änderungsantrag einbringen.

Abstimmung:

Dafür:	8
Dagegen:	0
Enthaltungen:	1

Abstimmungsergebnis:

Angenommen	x
Abgelehnt	

Danach wir über den Antrag abgestimmt.

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	7
Dagegen:	1
Enthaltungen:	1

Angenommen	x
Abgelehnt	

TOP 5 Beschlussvorlagen

**TOP 5.1 Beschluss über die Aufhebung des Aufstellungsbeschlusses zum Bebauungsplans Nr. 10.MI.176 "Kehrwieder"
Vorlage: 2017/BV/2581**

Herr Müller stellt kurz die Grundlagen für die Beschlussvorlage vor. Im Rahmen der Prüfung von Planverfahren wurde festgestellt, dass seit längerer Zeit kein auslegungsreifer Entwurf zu diesem Plangebiet vorliegt. Es besteht der Wunsch hier Wohnungsbau zu errichten. Inzwischen ist eine Lösung gefunden worden, die es ermöglicht die Ziele ohne B-Plan umzusetzen. Mit einer Bebauung nach § 34 BauGB kann hier Wohnungsbau schnell umgesetzt werden. Gleichzeitig ist die Frage des Schallschutzes vom Investor zu klären. Auch kann hier einfacher Mischnutzung im Innenbereich des Quartiers realisiert werden. Die Risiken werden als gering eingeschätzt.

Frau Niemeyer stellt die Problematik aus Sicht des Ortsbeirates dar. Dieser hat die Vorlage fast einstimmig abgelehnt. In zwei Sitzungen wurde dazu beraten. Wesentlich ist hier, dass nur durch ein B-Planverfahren eine Öffentlichkeitsbeteiligung stattfindet. So kann auch nur in einem B-Plan Werbeträger ausgeschlossen werden.

Herr Nadolny fragt nach den bisherigen Kosten und welche Differenzen es zwischen B-Plan und Bebauung durch Investor geben kann.

Herr Müller kann die bisherigen Kosten nicht genau beziffern, schätzt diese aber gering ein. Differenzen kann es bei der Nutzung geben. Wenn ein B-Plan ein Mischgebiet ausweist, weil hier der Schallschutz zu berücksichtigen ist, muss ein klarer Anteil an gewerblicher Nutzung da sein. Bei Bebauung nach § 34 kann der Investor ein reines Wohnhaus errichten, wenn er den erforderlichen Schallschutz nachweist.

Der Ausschuss empfiehlt dem Investor das Vorhaben im Ortsbeirat, im Ausschuss und im Gestaltungsbeirat vorzustellen.

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	6
Dagegen:	2
Enthaltungen:	2

Angenommen	x
Abgelehnt	

**TOP 5.2 Bebauungsplan Nr. 15.W.135 "Wohngebiet Rostocker Straße/ Melkweg" in Gehlsdorf
Vorlage: 2017/BV/2582**

Herr Müller führt in die Vorlage ein. Hier handelt es sich um eine der letzten Reserveflächen für den Wohnungsbau. Die Flächen stehen im Eigentum der Stadt. Hauptproblem ist hier das Thema Verkehr. Dazu hat INROS-Lackner eine Verkehrsstudie erarbeitet. Diese wurde dem Ortsbeirat vorgestellt.

Abstimmung:**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	10
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Angenommen	x
Abgelehnt	

TOP 5.2.1 Kurt Massenthe (Vorsitzender des Ortsbeirates Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Jürgeshof)

Bebauungsplan Nr. 15.W.135 "Wohngebiet Rostocker Straße/ Melkweg" in Gehlsdorf
Vorlage: 2017/BV/2582-01 (ÄA)

Herr Müller betont, dass dieser Änderungsantrag mit dem Ortsbeirat abgestimmt wurde.

Herr Massenthe stellt fest, dass mit dem Änderungsantrag eine Variante der Verkehrsführung erfolgen kann, die durch die Anwohner mitgetragen werden kann. Der Verkehr in Gehlsdorf wird noch weiter zunehmen. So plant Tamsen Maritim weitere Arbeitskräfte einzustellen.

Abstimmung:**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	10
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Angenommen	x
Abgelehnt	

TOP 5.3 Bewilligung zur Leistung von außerplanmäßigen Auszahlungen im Teilhaushalt 37 Brandschutz- und Rettungsamt in Höhe von 600.000 Euro zur Finanzierung des Erwerbs eines Feuerlöschbootes und Austauschmaschinen; Investitionsmaßnahme 37 1260 1201 700 199
Vorlage: 2017/BV/2612

Herr Edelmann stellt kurz die Notwendigkeit der Anschaffung des Feuerlöschbootes vor. Es besteht die Chance den Seenotkreuzer von der DGZR zu erwerben. Dieses Boot ist bereits als Feuerlöschboot ausgelegt. Das Boot ist in optimalen Zustand. Der Kreuzer muss noch etwas angepasst werden, was Führerstand und Maschinenanlage betrifft. Bei Zustimmung zur Vorlage können die Verhandlungen mit der DGZR weitergeführt werden.

Herr Mönck ergänzt die technischen Eigenschaften. Es handelt sich um ein selbstaufrichtendes Boot mit Aluminiumrumpf. Damit ist ein besserer Korrosionsschutz als bei Stahlbooten gewährleistet. Mit der Konstruktion ist eine sehr gute Manövrierfähigkeit verbunden.

Herr Nadolny fragt nach, wie viele Feuerlöschboote es gibt.

Herr Edelmann antwortet, dass nur ein einziges derzeit an der Ostseeküste in Dienst ist. Kiel und Lübeck wollen auch eins anschaffen.

Abstimmung:**Abstimmungsergebnis:**

Dafür:	10
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Angenommen	x
Abgelehnt	

TOP 5.3.1 Bewilligung zur Leistung von außerplanmäßigen Auszahlungen im Teilhaushalt 37 Brandschutz- und Rettungsamt in Höhe von 600.000 Euro zur Finanzierung des Erwerbs eines Feuerlöschbootes und Austauschmaschinen Investitionsmaßnahme 37 1260 1201 700 199 Vorlage: 2017/BV/2612-01 (NB)

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	10
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Angenommen	x
Abgelehnt	

TOP 5.4 Sechste Satzung zur Änderung der Straßenreinigungssatzung der Hansestadt Rostock Vorlage: 2017/BV/2655

Herr Böttner erläutert den Hintergrund der Änderung. Durch Widerspruch ist aufgefallen, dass die Einstufung der Reinigungsklasse für die genannten Straßen falsch war. Diese werden nun korrigiert.

Abstimmung:

Abstimmungsergebnis:

Dafür:	10
Dagegen:	0
Enthaltungen:	0

Angenommen	x
Abgelehnt	

TOP 6 Informationsvorlagen

TOP 6.1 Bericht zum Beschluss Nr. 2016/AN/2290 Ausgrabungen Primelberg Vorlage: 2017/IV/2670

Herr Mulsow erläutert den Inhalt der Informationsvorlage. Es wird davon ausgegangen, dass damit dem Antrag entsprochen wird.

Herr Engelmann bittet darum, dass Informationsvorlagen, die einen konkreten Ortsbeiratsbereich betreffen, in diesem auch vorgestellt werden.

Herr Massenthe bemängelt, dass der zuständige Ortsbeirat Gehlsdorf/Nordost nicht einbezogen worden ist.

Die Informationsvorlage wird dem Ausschuss zur Kenntnis gegeben.

TOP 7 Verschiedenes

TOP 7.1 "Vergrämung" gegen Stadtauben auf dem S-Bahnhof in Lütten Klein und wachsende Taubenpopulation in Rostock

Herr Dr. Zander stellt den Sachverhalt aus seiner Sicht dar. Stadtauben sind verwilderte Haustauben. Sie unterliegen nicht dem Jagdrecht. Sie sind als Gesundheitsschädlinge eingestuft, womit das Gesundheitsamt zuständig ist. Die Frage des Tierschutzes ist Aufgabe des Veterinäramtes. Es gibt seit Jahren einen Taubenbestand in der Stadt. es ist aber kein

Anwachsen zu beobachten. Es gibt auch keine Beschwerden, eher über Möwen. Hierzu gab es eine Anfrage der CDU-Fraktion. Vergrämungsmaßnahmen sind nur durch zugelassene Schädlingsbekämpfer zulässig.

Zur Kontrolle der Bestände gibt es die Möglichkeit der Errichtung von Taubenschlägen. Dazu müssen aber die anderen Nistmöglichkeiten und unkontrollierte Fütterung unterbunden werden. Weiterhin muss die Versorgung der Tiere gesichert sein. Es gab schon einen ersten Versuch durch die WIRO. Aber die Fragen Wo? und Wer? konnten nicht geklärt werden. Die Erstfinanzierung ist unproblematisch. Die Betreuung kann nicht abgesichert werden.

Frau Dr. Bacher stellt ihre Erfahrungen vor. Die Tauben bevorzugen bestimmte Standorte. und sie sind aggressiver geworden.

Herr Engelmann bringt seine Recherchen aus Würzburg ein. Danach muss die Betreuung ehrenamtlich sichergestellt werden und die Fütterung an anderen Standorten muss eingestellt werden.

TOP 7.2 Bericht über die Zusammenarbeit Rostock - Bizerte

Frau Krönert ist als Vertreterin des Ausschusses mit einer Delegation nach Bizerte gereist. Es bestehen ein Freundschafts- und ein Kooperationsvertrag. Die Initiative ging von Peter Stein, MdB, dort im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung für die Maghreb-Staaten zuständig ist.

Bizerte ist eine schöne, grüne Stadt mit Tourismuspotenzial. Ein großes Problem ist der Müll. Dieser liegt überall herum.

Die Stadt hat kaum Erfahrungen mit der kommunalen Selbstverwaltung.

Es gab Kontakte mit dem Bürgermeister und Ämtern. Es erfolgte eine Besichtigung der Mülldeponie, die nicht den hiesigen Standards entspricht. Es hat ein intensiver Workshop zum Aufbau einer Müllentsorgung und Einrichtung einer Kompostieranlage stattgefunden. Eine weitere Veranstaltung wird bei der IHK am 10.05. stattfinden.

TOP 7.3 Informationen

Frau Niemeyer informiert den Ausschuss über:

- Die Vorstellung des Funktionsplans Werftdreieck soll am 13.06. im Autohaus Goldbach stattfinden.
- Der Ortsbeirat KTV ist entschieden gegen eine Bebauung des Ulmenmarktes.

Herr Nadolny informiert über problematische Vertragsverhandlungen zwischen dem Verein vom Wagenplatz und dem Liegenschaftsamt. Dieses Thema soll am 01.06. mit auf die Tagesordnung.

Herr Reinke möchte das Thema Spontandemo der Identitären Bewegung am 01.05. behandelt wissen. Das Thema wird am 18.05. auf die Tagesordnung kommen.

TOP 8 Schließen der Sitzung

Herr Engelmann schließt die Sitzung.